

## Jahreswirtschaftsbericht der Merz-Regierung: Reden ist billig, im Gegensatz zu allem anderen

2 Feb. 2026 19:00 Uhr

Der kürzlich präsentierte Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für 2026 zeigt, dass Berlin noch weit davon entfernt ist, realistische Lösungsansätze für die Rettung des Landes vor dem Ruin zu entwickeln.



© Urheberrechtlich geschützt

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) bei einer Haushalts-Debatte im Deutschen Bundestag, Berlin, 8. Juli 2025

*Von Tarik Cyril Amar*

Die Bundesregierung hat ihren "Jahreswirtschaftsbericht" für das Jahr 2026 [vorgelegt](#). Angesichts des Themas ist er mit 136 Seiten kein langes [Dokument](#), und wer spannende Ideen erwartet, wird enttäuscht sein.

Das liegt daran, dass es sich natürlich um ein durch und durch politisches Werk im schlimmsten Sinne des Wortes handelt: Es wird von einer Vielzahl deutscher Bürokraten aus verschiedenen Behörden erstellt, die unter der Führung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zusammenarbeiten und Kompromisse eingehen. Im Gegensatz dazu klingt "von einem Ausschuss verfasst" noch relativ harmlos.

Und doch: Wenn man genau hinschaut, kann man – so stark politisiert er auch ist – aus dem Berliner Wirtschaftsbericht und der Art und Weise, wie er für die Öffentlichkeit aufbereitet wurde, viel über das

heutige Deutschland erfahren und darüber, warum das ein eher trauriges Bild ist, das wenig Hoffnung auf eine schnelle Besserung macht.

Der Bericht zeigt einmal mehr, dass die derzeitige hyperzentristische Koalitionsregierung aus Mainstream-Pseudokonservativen (CDU/CSU) und Mainstream-Pseudosozialdemokraten (SPD) keine Ahnung hat, wie sie die Lage wenden kann.

Man muss diesen Bericht und die offiziellen Äußerungen dazu jedoch kritisch lesen und dabei nicht nur genau darauf achten, was gesagt wird, sondern auch darauf, was sorgfältig verschwiegen wird. In den schlechten alten Zeiten des Kalten Krieges liebten es westliche Beobachter, "Kremlologie" zu betreiben, das heißt, die Politik der ehemaligen Sowjetunion anhand kleiner Zeichen und großer Schweigsamkeiten zu interpretieren. Wenden wir also etwas "Berlinologie" auf den Jahresbericht an.

Es überrascht nicht, dass Wirtschaftsministerin Katherina Reiche bei ihrer offiziellen [Pressekonferenz](#) ihr Bestes tat, um gute Miene zum bösen Spiel zu machen: Sie begann ihre Ausführungen mit dem kühnen Versuch, das für 2026 erwartete Wachstum von einem (in Zahlen: 1,0) Prozent und eine noch fragilere Prognose von 1,3 Prozent für 2027 als wirtschaftliche "Erholung" zu verkaufen. Reiche hob auch einige (sehr) kurzfristige Verbesserungen hervor und hielt eine aufmunternde Rede über Inflation und Reallöhne, basierend auf Prognosen, die sich durchaus als falsch erweisen könnten.

Offensichtlich ist die düstere Wahrheit vielen in Deutschland klar, insbesondere der Wirtschaft. Die Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hat sich klar [geäußert](#): "Die erwartete wirtschaftliche Erholung ist gering und bleibt brüchig." Das ist eine typische Stimme. Googeln Sie, und Sie finden weitere.

Wenn das, was Reiche zu bieten hat, das Argument der Regierung für Optimismus ist, muss sie verzweifelt sein, und sie täuscht niemanden. Selbst Reiche musste zugeben, dass die "Wachstumsprognose" für 2026, wenn man es so nennen kann, bereits eine Abwärtskorrektur der Versprechen Berlins vom letzten Herbst darstellt.

Wie der Titel schon sagt, ist der Hauptzweck des Berichts ein Blick in die Zukunft. Er bietet aber auch eine Zusammenfassung der jüngsten Entwicklungen, vor allem in der ersten Hälfte der 2020er Jahre. Dieser Rückblick ist kein beruhigender Spaziergang durch die Vergangenheit. Vielmehr handelt es sich um eine Aufarbeitung von Daten und Trends, die zwischen beunruhigend und alarmierend schwanken: So stagniert beispielsweise die inflationsbereinigte Realleistung der deutschen Wirtschaft auf dem Niveau von 2019, also vor der Corona-Pandemie. Die Reallöhne entwickeln sich noch schlechter: Sie liegen leicht unter dem Niveau von 2019. Unterdessen ist, gerade als der Jahresbericht der Regierung erscheint, die offizielle Arbeitslosigkeit auf über drei Millionen [gestiegen](#), der schlechteste Wert für einen Januar seit 2014.

Der Jahresbericht räumt ein, dass die Digitalisierung und die traditionelle Infrastruktur im Allgemeinen seit Langem unter einem Mangel an öffentlichen Investitionen leiden. Tatsächlich wurden Investitionen in die Infrastruktur wie Straßen, Eisenbahnen, Stromnetze und Brücken nicht nur vernachlässigt, sondern so stark zurückgefahren, dass sie mittlerweile baufällig sind.

Wenn sich die Lage verschlechtert, geht es auch den Menschen nicht so gut, zumindest was die Zahlen angeht – die Demografie der Erwerbsbevölkerung ist keine erfreuliche Geschichte. Wie der Bericht erklärt, tritt Deutschland auf der Stelle; der gesamte bescheidene Anstieg der Erwerbsbevölkerung seit 2023 ist im Wesentlichen auf die Einwanderung zurückzuführen. Da die "einheimischen" Deutschen

einen deutlichen Rückgang der Geburtenrate verzeichnen, sieht die Zukunft noch düsterer aus. Der Jahresbericht prognostiziert, dass die Erwerbsbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten mit hoher Wahrscheinlichkeit (sprich: mit Sicherheit) weiter schrumpfen wird, selbst wenn sie durch mehr Einwanderer ergänzt wird.

Tatsächlich räumt ein [kürzlich erschienener Spiegel](#)-Artikel ein, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland, die derzeit bei etwa 46 Millionen liegt (einschließlich Teilzeitbeschäftigten), in den nächsten Jahrzehnten zwangsläufig erheblich, vielleicht sogar dramatisch zurückgehen wird. In einem Szenario ohne weitere Einwanderung und ohne Veränderung des Anteils der Deutschen, die am Erwerbsleben teilnehmen, wird sie bis 2060 auf nur noch 31 Millionen sinken. Wenn ein größerer Anteil (der verbleibenden Deutschen) in den Arbeitsmarkt eintritt (einschließlich einer Umstellung auf Vollzeit) und jährlich 100.000 Einwanderer hinzukommen, wird sie nur auf 38 Millionen zurückgehen.

Nur in dem politisch unwahrscheinlichen Fall einer Zunahme der Erwerbsbeteiligung und 400.000 neuen Einwanderern pro Jahr könnte sich die Erwerbsbevölkerung im Wesentlichen knapp über dem aktuellen Niveau stabilisieren. Anders ausgedrückt: Die mit ziemlicher Sicherheit zu erwartende mittelfristige Zukunft ist eine demografisch geschrumpfte Erwerbsbevölkerung, wobei die bereits stark belasteten Systeme der Sozialversicherung sowie der Gesundheits- und Altersversorgung noch stärker unter Druck geraten werden.

Aber zurück zur Gegenwart und zur nahen Zukunft: Wie der Jahresbericht zeigt, gibt es auch hier viel Grund zur Sorge. Der wohl beunruhigendste Punkt ist die Tatsache, dass von dem ohnehin schon geringen Wachstum von einem Prozent, das für 2026 prognostiziert wird, nicht weniger als zwei Drittel auf staatliche Ausgaben zurückzuführen sein werden. Anders ausgedrückt: Deutschland wird fast kein Wachstum haben – und das, was es haben wird, ist auf massive, schuldenfinanzierte staatliche Eingriffe zurückzuführen, nämlich den militärischen – oder vielleicht eher militaristischen – Keynesianismus, der Anfang letzten Jahres eingeführt wurde.

Unterdessen stagnieren die privaten Investitionen nicht einmal, sie gehen zurück: Seit 2019 sind sie laut Ministerin Reiche selbst um elf Prozent geschrumpft. All dies ist kein Rezept für echtes, nachhaltiges Wachstum, sondern für einen typischen, den Staatshaushalt ruinierenden, die Inflation ankurbelnden Strohfeuer-Effekt.

Hilfe wird auch nicht von außen kommen. Im Gegenteil, wie auch der Jahresbericht anerkennt, sind die internationalen Bedingungen für die deutsche Produktions- und Exportwirtschaft deutlich schwieriger geworden, was zu einem erheblichen Teil auf die sogenannten "Verbündeten" Berlins in den USA und deren "Zollpolitik" zurückzuführen ist. Das heißt, um es klar zu sagen, auf einen Wirtschaftskrieg gegen Washingtons EU-Vasallen, darunter auch Berlin.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Grundsätzlich kann eine gute Dosis keynesianischer Staatsausgaben der Wirtschaft helfen. Aber die Umstände müssen stimmen. In Deutschland stimmen sie nicht, unter anderem aufgrund der demografischen Krise, des Fehlens einer rationalen Einwanderungspolitik, der anhaltenden Bürokratie und des Mangels an ernsthaften Strukturreformen, über die viel gesprochen wird, die aber, wenn überhaupt, nur im Schneckentempo vorankommen.

[Nun warnt](#) der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, konservativer Grandseigneur und potenzieller Gegenspieler von Bundeskanzler Friedrich Merz, bereits davor, dass eine Reihe von Landtagswahlen in diesem Jahr jegliche Reformimpulse weiter lähmen werden. Söder mag seine eigenen egoistischen

Gründe haben, solchen Pessimismus öffentlich zu äußern, aber es ist dennoch ein allzu plausibles Szenario.

Das größte Hindernis für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft aus ihrem Koma – ob mit oder ohne Keynesianismus – ist jedoch einfach: Energie ist in Deutschland viel zu teuer, was sowohl Unternehmen als auch Produzenten sowie private Haushalte als Verbraucher lähmt. Der Jahresbericht räumt dies ein und bestätigt "im internationalen Vergleich hohe Energiekosten". Dies ist der entscheidende Engpass, und bezeichnenderweise enthält der Bericht keine realistischen Vorschläge zu seiner Überwindung. Denn das würde bedeuten, sich zwei großen, selbstzerstörerischen Fehlern zu stellen, die Berlin zuerst eingestehen und dann korrigieren muss: dem Verzicht auf Kernenergie im eigenen Land und der unnötigen Abschottung von preiswertem Gas [aus Russland](#).

Der Ökonom Daniel Stelter [sagte](#) dazu im ZDF: "Wir alle haben uns in einer Traumwelt bewegt." Nun befürchtet er, dass der Bedarf an grundlegenden Reformen das politisch Akzeptable übersteigt. Doch Reformen sind im im Niedergang begriffenen Deutschland ein billiges Thema. Jeder beschäftigt sich damit, sei es mit falschen Versprechungen oder mit Klagen. Die "Traumwelt", die wirklich einer harten Realitätsprüfung bedarf, auch wenn es wehtut, ist geopolitischer Natur: nämlich die törichte Illusion, dass Deutschland ohne eine vernünftige, produktive Beziehung zu Russland gedeihen kann.

Es gibt einige schwache Anzeichen dafür, dass sich die Dinge in dieser Hinsicht langsam bewegen: Unter Alice Weidel und Tino Chrupalla macht die AfD – der derzeitige Albtraum der Bundesregierung – seit Langem [deutlich](#), dass Nord Stream wieder in Betrieb genommen und die Beziehungen zu Moskau insgesamt wiederhergestellt werden müssen. Selbst der überaus russophobe Bundeskanzler Friedrich Merz hat angedeutet, dass eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland keine schlechte Sache wäre. Hört, hört! Auch der Jahresbericht räumt – nebenbei bemerkt – ein, dass ein Ende des Ukraine-Krieges gut für die deutsche Wirtschaft wäre.

Aber dämpfen Sie Ihre Erwartungen. Die etablierten Parteien zeigen keine Anzeichen dafür, dass sie bereit sind, tatsächlich etwas für ihre sehr zurückhaltenden Äußerungen über eine bessere Zukunft mit Russland zu tun. Die AfD ist unterdessen noch weit davon entfernt, den Durchbruch in die Bundesregierung in Berlin zu schaffen. Selbst wenn dies gelingen sollte, gibt es keine Garantie dafür, dass ihre Führer mutig genug sein werden, um wirklich wieder Brücken zu Russland zu bauen. Sie wären massivem Druck ausgesetzt – mit fairen und unfairen Mitteln –, zurückzurudern und zu zuverlässigen, aufopferungsvollen NATO-EU-Teampartnern zu werden, das heißt, eine Außenpolitik aufzugeben, die unabhängig genug ist, um die deutschen nationalen Interessen durch eine neue Ostpolitik zu schützen.

Leider leidet die deutsche Wirtschaft unter mehr als einer Krankheit. Aber ohne die Lösung des Problems der politisch überbelegten Energie gibt es keine Rettung. Solange extreme Feindseligkeit gegenüber Russland und masochistische Unterstützung für die Ukraine in Berlin Axiome bleiben, wird dieses entscheidende Problem unlösbar bleiben.

*Übersetzt aus dem [Englischen](#).*

**Tarik Cyril Amar** ist Historiker an der Koç-Universität in Istanbul. Er befasst sich mit Russland, der Ukraine und Osteuropa, der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, dem kulturellen Kalten Krieg und der Erinnerungspolitik.

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

